

(Abgeordneter Fleißner.)

(A) Zeit dem Hunger anheimgegeben wäre. Daraus ergibt sich das andere, daß sich jeder zu helfen versucht, und das trifft auch hier bei der Kartoffelversorgung zu. Jeder sucht sich zu helfen, und es ist nicht zu viel behauptet, wenn man sagt, daß die Waren, die auf dem Wege des sogenannten Schleichhandels besorgt werden, viel größere Mengen darstellen als die, die durch die Rationierung gegeben werden, und daß sich auf diese Weise der einzelne Mensch zu helfen sucht, so weit es ihm möglich ist. Auf diese Weise wird der sogenannte illegale Erwerb von Lebensmitteln tatsächlich gefördert, weil es in den Verhältnissen liegt, weil natürlich keinem Menschen zugemutet werden kann, er soll sich auf die Rationierung verlassen und ruhig warten, bis er verhungert ist.

Ich kann, wie gesagt, nicht verstehen, daß am 10. März, wie in der zweiten Verordnung gesagt worden ist, nachdem die Frist der Freizügigkeit verlängert wurde, es der Regierung noch nicht bekannt gewesen sein soll, welche Verhältnisse bestanden, die dazu führen konnten, die zweite Verordnung zu erlassen. Es ist mir undenkbar, daß sich die Verhältnisse so grundstürzend ändern sollten, daß die Regierung zu diesem Vorgehen gezwungen war. Im übrigen ergibt sich auch bei diesem Vorgang, daß wir tatsächlich nicht weiter damit kommen, daß man eben die Nahrungsmittel, die man noch erlangen kann,

(B) verteilt. Die ganze Kriegswirtschaft in bezug auf die Ernährung des Volkes krankt daran, daß man sich nach wie vor scheut, die Hand auf die Produktion selbst zu legen. Was hilft das beste Verteilungssystem, wenn die Behörden, wenn der Staat, wenn die Allgemeinheit keinen Einfluß auf die Erzeugung der Nahrungsmittel selbst haben, wenn die Erzeugung der Nahrungsmittel nach wie vor dem Privatinteresse überlassen bleibt. Daran krankt die ganze Versorgung, und das ergibt diesen unhaltbaren Zustand, daß man gewissermaßen niemals recht weiß, was eigentlich ist und was zu geschehen hat.

Auf einen anderen Umstand möchte ich bei der Gelegenheit hinweisen: es ist die unsinnige Art der Verteilung, die vielfach zu beobachten ist. Das trifft auch in bezug auf die Kartoffelversorgung zu. Mir ist z. B. von einem Ernährungsausschuß mitgeteilt worden, daß für die betreffende Gemeinde das Hauptversorgungsgebiet mit Kartoffeln Posen und Oberschlesien war, nebenbei natürlich noch das, was im Bezirke selbst zu haben ist. Diese Gemeinde der Dresdner Umgebung bekommt aber nun nicht etwa die Kartoffeln direkt von dort nach einem Dresdner Bahnhof geliefert, sondern der betreffende Herr, der die Kartoffelverteilungsstelle unter sich hat, ist draußen in Gainsberg; also müssen die Kartoffeln erst von Posen

und Oberschlesien nach Gainsberg gefahren werden und (C) von dort dann wieder herein nach Dresden selbst. Und wenn es sich um Kartoffeln handelt, die aus dem Kommunalverbandsbezirk selbst bezogen werden, so müssen sie ebenfalls erst nach Gainsberg gefahren werden, damit sich der Herr orientieren kann, und wenn die Verteilung in den Büchern vorgenommen ist, dann können sie nach Dresden kommen. Das sind doch Verhältnisse, die oben drein noch dazu führen, daß die Transportschwierigkeiten erhöht werden. Man klagt so viel über mangelnde Transportmittel. Auf diese Weise wird geradezu eine Verschwendung mit Transportmitteln getrieben. Jedenfalls möchte ich die Regierung dringend ersuchen, dafür zu sorgen, daß der jetzt durch die Verordnungen herbeigeführte Zustand sobald als möglich wieder beseitigt wird.

Vizepräsident Dr. Spieß: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schreiber.

Abgeordneter Schreiber: Meine hochgeehrten Herren! Die Interpellation Koch und Genossen kommt, so hart das vom Standpunkt der städtischen Verbraucher aus auch klingen mag, mit denen wir Erzeuger in diesen schweren Zeiten ein aufrichtiges Mitgefühl haben, uns nicht ganz unwillkommen, besonders mir nicht, und zwar (D) deshalb nicht, weil sich dadurch noch einmal Gelegenheit bietet, die wichtige Frage der Kartoffelversorgung im Plenum zu behandeln. Wir hatten ja gestern in der Finanzdeputation eine außerordentlich anregende Aussprache mit den Vertretern des Lebensmittelamtes, aber die Zeit zwang uns dazu, uns in unseren Betrachtungen zu beschränken. Um so erfreulicher ist es, daß wir heute Gelegenheit haben, die Frage noch einmal ausgiebig zu besprechen.

Ich begrüße aber die Interpellation auch noch persönlich, und zwar deshalb, weil sie mir der allerbeste Beweis dafür zu sein scheint, wie recht ich hatte, als ich die unbeschränkte Freizügigkeit der Kartoffelkarte im vorigen Herbst, vor Weihnachten mit aller Entschiedenheit bekämpft habe. Die Verhältnisse in unserer Kartoffelversorgung haben sich tatsächlich so abgewickelt, wie ich seinerzeit befürchtet hatte. So lobenswert — das wiederhole ich hier — an und für sich auch der Gedanke ist, daß man den Verbrauchern die teilweise Eindeckung ihres Bedarfs und die Bewirtschaftung der Einkaufsvorräte überlassen will, so war es doch ein großer Fehler, daß man vergessen hatte, ein sicheres System der Kontrolle zu schaffen, daß man vergessen hatte, die Kartoffelbelieferung von der Zustimmung der betreffenden Amtshauptmannschaften abhängig zu machen.